

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Kreistagsbüro
Friedrich-Ebert-Str. 7
48653 Coesfeld

Die Fraktionsvorsitzende

Ursula Winkelsetz
Alvingheide 82
48308 Senden
☎ 0171 7414 204

✉ afd-fraktion-coe@web.de

03.02.2026

**Zur Vorlage im Jugendhilfeausschuss und
im Kreisausschuss sowie zur
Beschlussfassung im Kreistag**

Antrag zur Haushaltskonsolidierung im Bereich der Kinder- und Jugendförderung

Die Fördermittel im Kinder- und Jugendförderplan werden künftig auf gesetzliche Kernaufgaben konzentriert

Freiwillige Programme mit politisch-pädagogischer, identitätspolitischer oder weltanschaulich
ausgerichteter Zielsetzung sind im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zu reduzieren oder
einzustellen.

Folgende Förderbereiche sind einer sofortigen Kürzungs- und Zweckmäßigkeitprüfung zu unterziehen:

- Programme der politischen bzw. „demokratiepädagogischen“ Projektarbeit außerhalb klarer
gesetzlicher Pflichtaufgaben
- spezielle Gender-, Diversity- und LSBTIQ-bezogene Sonderprogramme
- Netzwerk-, Koordinations- und Gremienstrukturen ohne unmittelbaren Leistungsbezug für
Kinder und Jugendliche
- kulturelle Zusatzprogramme und projektförmige Freizeitmaßnahmen ohne Schutz-, Sozial-
oder Präventionsfunktion

Die freiwerdenden Mittel sind vorrangig einzusetzen für:

- Kinderschutz und Präventionsmaßnahmen mit Gefahrenabwehrcharakter
- Jugendsozialarbeit bei sozialen Problemlagen
- Suchtprävention
- niedrigschwellige, allgemein zugängliche Freizeitangebote ohne ideologische Ausrichtung

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Haushaltsberatung:

- eine Übersicht aller im Jugendförderplan finanzierten Maßnahmen nach Pflicht- und
freiwilligen Leistungen vorzulegen,
- den personellen und finanziellen Aufwand für Netzwerk- und Koordinationsstrukturen
gesondert auszuweisen,
- Einsparpotenziale darzustellen, die durch Streichung oder Reduktion nicht verpflichtender
Programme entstehen.

Begründung

1. Haushaltslage erfordert Prioritätensetzung

Die angespannte finanzielle Situation des Kreises macht eine konsequente Überprüfung aller freiwilligen Leistungen erforderlich. Die Kinder- und Jugendhilfe muss sich auf ihre gesetzlich verankerten Kernaufgaben konzentrieren. Eine Ausweitung in gesellschaftspolitische oder weltanschaulich geprägte Handlungsfelder ist unter Konsolidierungsbedingungen nicht vertretbar.

2. Abgrenzung zwischen Pflichtaufgaben und politischer Programmatik

Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendhilfe zielen primär auf:

- Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Unterstützung bei sozialen Problemlagen
- Förderung der Entwicklung junger Menschen

Nicht dazu gehören Programme, die vorrangig auf:

- politische Meinungsbildung,
- gesellschaftliche Umerziehungsziele,
- identitätspolitische Schwerpunktsetzungen

ausgerichtet sind. Solche Maßnahmen überschreiten aus Sicht der Antragsteller den Kernbereich kommunaler Jugendhilfe.

3. Reduktion von Struktur- und Netzwerkaufbau

In den vergangenen Förderperioden ist ein deutlicher Ausbau von:

- Arbeitskreisen
- Netzwerken
- Koordinationsstellen
- Beteiligungsforen

zu beobachten. Diese Strukturen binden erhebliche Personal- und Finanzressourcen, ohne dass ein unmittelbar messbarer Nutzen für einzelne Kinder und Jugendliche nachgewiesen ist. In Zeiten begrenzter Mittel ist eine Konzentration auf direkte Leistungen statt Verwaltungsstrukturen erforderlich.

4. Gleichbehandlung statt gruppenspezifischer Sonderförderung

Jugendarbeit soll allen jungen Menschen offenstehen. Spezifische Förderlinien für einzelne Identitätsgruppen führen zu einer Zersplitterung der Förderlandschaft und widersprechen dem Grundsatz allgemeiner, neutraler Jugendarbeit. Mittel sind daher stärker in breitenwirksame, allgemein zugängliche Angebote umzuschichten.

5. Schutzfunktionen bleiben unberührt

Der Antrag richtet sich ausdrücklich nicht gegen:

- Kinderschutz
- Schutzkonzepte
- Präventionsarbeit mit Gefährdungsbezug
- Jugendsozialarbeit bei konkreten Problemlagen

Diese Aufgaben sind rechtlich geboten und gesellschaftlich notwendig.

Der Antrag verfolgt das Ziel,

- den Haushalt nachhaltig zu entlasten,
- die Jugendhilfe auf ihren Kernauftrag zurückzuführen,
- ideologisch geprägte Ausweitungen kommunaler Aufgaben zu beenden,
- Mittel stärker dort einzusetzen, wo konkrete Hilfe- und Schutzbedarfe bestehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ursula Winkelset', written in a cursive style.

Ursula Winkelset

Fraktionsvorsitzende AfD